

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

3.10.1932 (No. 231)

Expedition:
Karlsrueher
Str. 14
Herausgeber
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruhe' r Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostopverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruhe' r Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Geburtstag
des Reichspräsidenten
Der Sonntag in Berlin

Während bereits am Samstag wie auch am Sonntag telegraphische und schriftliche Glückwünsche von fremden Staatsoberhäuptern, Länderregierungen usw. anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten in Berlin eingegangen waren, trugen sich die beim Reich beglaubigten Botschafter und Gesandten, die Mitglieder des Reichsrats und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten im Laufe des Vormittags in das im Hause des Reichspräsidenten aufliegende Besuchbuch ein. Der Reichspräsident empfing, da auf seinen Wunsch von offiziellen Empfängen abgesehen worden war, den Reichskanzler zur Entgegennahme der Glückwünsche der Reichsregierung, den Reichswehrminister und die Chefs der Heeres- und Marineleitung zur Entgegennahme der Glückwünsche der Wehrmacht.

Am Vormittag wohnte der Reichspräsident dem Gottesdienst in der Alten Garnisonkirche bei. Auf der Rückfahrt legte er am Grennwall unter den Linden einen Kranz nieder. Um 11.40 Uhr überbrachte eine Fahnenkompanie der Wachtruppe Berlin die Fahnen der ehem. Regimenter des Generalfeldmarschalls. Der Reichspräsident schritt auf der Wilhelmstraße die Front der Ehrenkompanie ab. Die neun Regimentsfähnen verblieben bis zum 3. Oktober im Arbeitszimmer des Reichspräsidenten. Es folgte der Vorbeimarsch der Ehrenkompanie. Den Nachmittag und Abend verbrachte der Reichspräsident im Kreise seiner Familie, die sich mit Kindern, Enkeln und Urenkeln um ihn versammelt hatte.

Auf der Rückfahrt von der Garnisonkirche sowie beim Abschieden der Ehrenkompanie wurde der Reichspräsident von einer großen Menschenmenge begeistert und durch Abfragen des Deutschlandliedes begrüßt. Der Reichspräsident zeigte sich wiederholt dankend am Fenster. Schon um 3 Uhr stauten sich dichte Menschenmengen vor dem Palais, um der Auffahrt der Statulanten zuzusehen.

Berlin trug am Sonntag reichen Flaggenschmuck. Sämtliche Dienstgebäude des Reiches, Preußens und der Stadt, die Vertretungen der fremden Staaten usw. hatten geflaggt. Von den Berliner Verkehrsmitteln flatterten die bunten Fahnen. Das große Wenden der Reichswehr um 7 Uhr sah unzählige Schaulustige.

Um 1 Uhr mittags fand auf dem Roabiter Exerzierplatz eine Parade der Wachtruppe statt, die der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos, General der Infanterie v. Rumboldt abnahm. Zur gleichen Zeit fanden auf verschiedenen großen Plätzen Berlins Konzerte der Reichswehr statt.

Die Reichsmarine feierte den Geburtstag des Reichspräsidenten in Kiel mit einem Zapfenstreich der 1. Matrosen-Artillerie-Abteilung am Samstagabend. Am Sonntagmittag fand in den Kasernenhöfen in der Wit eine Parade der Standorttruppenteile statt, bei welcher Gelegenheit der neue Chef der Offizierskation, Vizadmiral Albrecht, des Reichspräsidenten gedachte. Die im Hafen liegenden Kriegsschiffe hatten über die Roppen geflaggt.

Feierliche Abholung der Feldzeichen
auf der Reichsanstalt

W.D. Berlin, 3. Okt. (Tel.) Die gestern aus Anlaß des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten in dem Arbeitszimmer Hindenburgs aufgestellten Fahnen seiner ehemaligen Regimenter wurden heute mittag von einer Kompanie der Berliner Wachtruppe wieder eingeholt. Bei ihrem Kommen erschien der Reichspräsident vor dem Eingang der Reichsanstalt, begrüßt von Hochrufen der in der Wilhelmstraße angesammelten Menschenmenge. Am Fenster der Reichsanstalt standen zahlreiche Offiziere der alten Armee, die ihnen der Stahlhelmführer Selbte, der gerade mit einer Abordnung beim Reichspräsidenten war. Die Menge sang bei Abmarsch der Truppe das Deutschlandlied.

Die Glückwünsche Bayerns und Württembergs

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat dem Reichspräsidenten namens der bayerischen Staatsregierung die wärmsten Glück- und Segenswünsche ausgesprochen. In dem Glückwunschsreiben heißt es u. a.: „Ew. Erzellenz waren der ruhmreiche Führer und Retter Deutschlands im Weltkrieg und in den bangen Tagen des Zusammenbruchs; Ew. Erzellenz haben Ihr ganzes Leben in selbstloser Eingabe und Besel mit höchstem Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein für den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellt. In größter Verehrung gedenkt das bayerische Volk an dem Jubeltage Ihrer unermüdbaren Verdienste.“

Der württembergische Staatspräsident hat an den Reichspräsidenten ein Glückwunschsreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „In dem Bewusstsein unwandelter Treue zum Reich wird sich auch das ganze württembergische Volk an Ihrem Geburtstage um Ew. Erzellenz scharen als dem getreuen Ecksteine des Deutschen Reiches und dem ehrwürdigen Hüter der Verfassung. Möge es Ihnen gelingen, unser geliebtes Vaterland mit glücklicher Hand durch alle die Stürme zu steuern, die es in seinen Grundfesten erschüttert haben.“

Der Glückwunsch Hoovers

Präsident Hoover hat an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm geschickt: „Am heutigen 85. Jahrestage der Geburt Ew. Erzellenz sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Möge Ihnen

Letzte Nachrichten

Die Reichsregierung
und die Streikfrage
Im Augenblick keine besonderen Maßnahmen
geplant

W.D. Berlin, 3. Okt. (Priv.-Tel.) In der Öffentlichkeit sind Gerüchte verbreitet, wonach der Arbeitsminister beabsichtigen soll, der Streikbewegung durch eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer entgegenzuwirken. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist eine besondere Aktion nicht geplant. Selbstverständlich hat der Reichsarbeitsminister die Entwicklung bisher nicht einfach zusehen. Es haben vielmehr gerade in der letzten Woche zahlreiche Besprechungen mit Vertretern sowohl der Unternehmer als auch der Gewerkschaften stattgefunden. Einige Gewerkschaftsvertreter sind auch vom Reichskanzler empfangen worden.

Bei den Gewerkschaften selbst ist die Rechtsauffassung keineswegs einheitlich. Während die freien Gewerkschaften die Rechtsgültigkeit der Rotverordnung angezweifeln, vertreten die christlichen Gewerkschaften bisher den Standpunkt, daß sie sachlich zwar gegen die Rotverordnung seien, nachdem sie aber einmal vorliegen, müsse sie auch ordnungsmäßig durchgeführt werden. Über irgendwelche Rechtszweifel würde aus einer Konferenz der beteiligten Kreise schließlich keine Klarheit bringen können. Sie ist nur durch Entscheidung des Arbeitsgerichtes möglich. Bis her hat man in juristischen Kreisen den Eindruck, daß keine Partei große Neigung hatte, das Arbeitsgericht anzurufen. Es ist aber möglich, daß eine solche gerichtliche Klärung nun doch in der nächsten Zeit in Zusammenhang mit der Lage im Rheinlande erfolgt.

Die vermutete Aktion des Reichsarbeitsministers ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil nach den letzten Meldungen keineswegs eine Verschärfung der Lage eingetreten ist. Man darf nicht übersehen, daß weder der Hamburger Verkehrsstreik noch der Berliner Expeditionsarbeiter mit der Rotverordnung irgend etwas zu tun hat. Übrigens hat sich auch das Kabinett am Freitag bereits mit diesen Dingen beschäftigt. Es ist aber zu dem Entschluß gekommen, die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten. Sollte sie zu einer Verschärfung führen, so würde die Regierung natürlich erneut Stellung nehmen. Im Augenblick aber sind keine besonderen Maßnahmen geplant, und deshalb entfallen auch die Gerüchte, die von einer besonderen Streikverordnung wissen wollen.

Auswärtiger Reichstagsauschuß
einberufen

W.D. Berlin, 3. Okt. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden, dem Abg. Dr. Fried (N.S.), für Dienstag, den 11. Oktober, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Kaufmann Verhandlungen.

Direktorenkonferenz
zur Abrüstungsfrage
Ein englischer Vorschlag

W.D. London, 3. Okt. (Priv.-Tel.) Der Pariser Korrespondent der „Morning Post“ verzeichnet das Gerücht, daß Macdonald Frankreich, Italien und Deutschland einladen werde, gemeinsam mit der britischen Regierung die Abrüstungsfrage zu besprechen. In Londoner politischen Kreisen war bisher eine Bestätigung dieses Pariser Gerüchts nicht zu erhalten.

Eine französische Stimme

W.D. Paris, 3. Okt. (Tel.) Die radikale „Republique“ erklärt, welche Stimmung auch gegenwärtig zwischen Deutschland und Frankreich herrschen möge, eine Verständigung bleibe dennoch möglich. Wir können zwar eine Aufrüstung Deutschlands nicht hinnehmen, aber wir können die Abrüstung aller verlangen. Wir können nicht die einseitige Vereinfachung der Verträge zulassen, aber wir können die gemeinsam zu beschließende Angleichung ins Auge fassen. Wenn keine Nation für sich allein die Kräfte beschwören kann, können alle zusammen doch die Hoffnung wieder aufwecken lassen. Sachde Frankreichs sei es, Lösungen dafür zu finden.

die Zukunft noch für lange Zeit Gesundheit und Glück bescherten. Herbert Hoover.

Die Deutschen von Philadelphia (Amerika) hatten sich am Sonntag zu einer Feierstunde anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg versammelt. Die Feier wurde durch Rundfunk übertragen, von der Berliner Funktunde auf Wochensendungen aufgenommen und später einer Anzahl deutscher Sender übermittelt. — Der Berliner Rundfunk hatte ebenfalls eine Feierstunde für den Geburtstag des Reichspräsidenten veranstaltet.

Hindenburgs Geburtstagsgabe

Wie alljährlich seit fünf Jahren hat der Herr Reichspräsident an seinem diesjährigen Geburtstag wiederum zahlreichen schwer nolleidenden Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Veteranen eine Freude bereitet. Fast 3000 Angehörigen dieser Personenzreise ließ er je 150 RM. aus der Hindenburgspende ausgeben. Damit steigt die bisherige Unterstützungleistung der Hindenburgspende auf fast sechs Millionen Reichsmark.

Ein deutscher Sängertag
in Karlsruhe

Beginn der Karlsruhe' r Herbsttage

Die „Karlsruher Herbsttage 1932“, die in dieser Woche eine stattliche Reihe kultureller und sportlicher Veranstaltungen bringen werden, begannen am Samstag mit einer vom Verkehrsverein in die Wege geleiteten machtvollen Kundgebung zur Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in der Südwestecke des Reiches. Die mitwirkenden Karlsruhe' r Sängervereinigungen Concordia, Lieberfranz und Lehrgesangverein unter Beihilfe des Instrumentalvereins hatten drei tonangebende Vereinigungen in die Landeshauptstadt geladen, gleichsam zur Veranstaltung eines friedlichen Wettbewerbs, den letzten Platz von allen Schichten der Bevölkerung gefüllten Festhalle gestaltete.

Unter den Ehrengästen bemerkte man den Reichsfinanzminister und Vizkanzler a. D. Dietrich, den badischen Finanzminister Dr. Mattes, die Präsidenten des Oberlandesgerichts, Dr. Junginger, und des Verwaltungsgerichtshofes, Dr. Schneider, sowie den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Dr. Finter. Das Auditorium zeigte sich begeistert in der dankbaren Anerkennung für die ausgezeichneten Leistungen der etwa 1500 Sänger aus Baden, Pfalz und Saarland.

Nach einleitenden Vorträgen der Concordia und des Instrumentalvereins, sowie einer vaterländischen, eindringlichen Begrüßungsansprache des Karlsruhe' r Gauvorsitzenden Ferd. Dieß, traten die geladenen Vereine zu ihren Vorträgen an. Legte der Speyerer „Frohinn“ unter Leitung Hans Kieblers neben Pfälzer Volksgefäng den Nachdruck auf die schöne Wiedergabe der bekannten „Glocken von Speyer“ mit Klavierbegleitung (Prof. Haub, Speyer), so hatte der Lehrgesangverein Saarbrücken unter Leitung Otto Schrimps Stille aus Gräners deutscher Kantate gewählt und erzielte später noch einen Zugabeerfolg mit Trunks „Ostern“. Ebenso durfte der Gesangverein der Bad. Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen sich mit prächtigen Proben pfälzischer Liedkunst einen Sondererfolg holen; er schloß wohl den Vogel ab mit der auswendigen Wiedergabe sämtlicher Vorträge unter Leitung Dr. Wassermanns, dessen Verlonung der „Heimat am Rhein“ auf die Dichtung eines Chormittels, Fr. Hauer, unter zahlreichen Hervorrufen der Autoren besonders Stimmung weckte. Dies gab den Gästen Gelegenheit, mit Begeisterung auf den Empfang und die Aufnahme in Karlsruhe zuzugreifen.

Am dem Abend wurden eine Reihe Ansprachen gehalten. Ihren Reigen eröffnete Rektor Fischer von der Karlsruhe' r Sängervereinigung mit herzlichem Begrüßungsworten. Er erinnerte an den Besuch des Karlsruhe' r Lehrgesangvereins in der Pfalz am Sonntag, den 6. Juli 1930, nachdem eben erst die fremde Besatzung abgezogen war, und erbot dann einen besonderen Gruß den Sängern aus dem Saarlande. Frei die Pfalz, frei unser Rhein, frei auch die Saarl! Der Vertreter der Bundesleitung der Saarvereine in Berlin, des Senatspräsidenten Andres aus Raumburg a. d. Saale, ging aus von der tausendjährigen, wechselvollen Geschichte des Saarlandes und lenkte den Blick auf den heldenmütigen Kampf um Freiheit und Volkstum an der Saar. Die kerndeutsche Saarbevölkerung werde nicht irren werden in der Treue, auch nicht durch die trüben Zeiten, durch die das Deutsche Reich hindurchgehen muß. Ihr Glaube an die Zukunft des Vaterlandes sei so unerschütterlich, wie ihre Liebe zur Heimat und ihre Hoffnung auf Rückkehr ins Vaterhaus. Diese vaterländische Haltung wollen wir unseren Brüdern und Schwestern an der Saar danken und jede Gelegenheit benutzen, ihnen zu antworten mit dem Schwur: Treue um Treue. Die Festversammlung sang anschließend die erste Strophe des Deutschlandliedes.

Verkehrsdirektor Lacher gab unter lebhafter Zustimmung die Abendung folgenden Telegammes an den Reichspräsidenten von Hindenburg bekannt:

„Eurer Erzellenz, dem Schützer und Hüter des deutschen Vaterlandes, entbieten die zur Kundgebung für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in der Südwestecke des Reiches, besonders zum badisch-pfälzisch-saarländischen Sängertag am Samstag in der Festhalle versammelten deutschen Männer und Frauen aus Baden, der Pfalz und dem Saarlande herzlichste Geburtstagswünsche, mit dem Gelöbniß nie wankender Treue. Sie geben dabei der felsenfesten Erwartung Ausdruck, daß das vom Reich ganz widerrechtlich abgetrennte, kerndeutsche Saargebiet raschestens zum deutschen Mutterlande zurückgeführt werde. Deutsch ist die Saarl immerdar!“ Unterzeichnet ist das Telegramm an der Spitze von Finanzminister Dr. Mattes und Senatspräsident Andres.

Herr Lacher teilte weiter den Eingang einer Reihe von Glückwunschschriften mit. Solche lagen vor von den Reichsministern Fehren. v. Saal, Dr. Gürtner, Grafen Schmetzin von Proßitz, Fehren. v. Elb-Rübenach, von Neurath und Schäffer, ferner vom badischen Kultusminister Dr. Baumgartner, dem stellv. Innenminister, Staatsrat Nüder, Landtagspräsidenten Duffner, vom Regierungspräsidenten der Pfalz, den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Städte Speyer, Landau, Neustadt, Bergzabern, St. Martin und Neumünster, vom Verkehrsverband der Südpfalz, dem Saar-Sängerbund, dem Landesverein Badische Heimat usw.

Im weiteren Verlaufe des Abends brachte Justizrat Baummann, der Vorsitzende des Pfälzer Sängerbundes, die Freude der Pfälzer zum Ausdruck, an dem Heimatabend mitwirken zu können. Wer seine Heimat aus ganzer Seele liebe, werde sich auch aus ganzem Herzen dem großen Vaterlande hingeben können. Die Sänger aus Speyer und Ludwigshafen unterstrichen diese Worte mit dem Pfälzer Sängergesang.

Auch Stadtkrat Schäfer, Saarbrücken, dankte für die freundliche Aufnahme in Karlsruhe und für den Empfang durch den Oberbürgermeister im Rathausaal. Der Lehrergesangsverein Saarbrücken habe die erste Sängerfahrt seit seinem siebenjährigen Bestehen mit Freuden nach dem schönen Badenland unternommen und nehme unauslöschliche Eindrücke mit. Der Redner fuhr dann fort: Wir lieben unser Saarland! Und wenn die Stunde der Befreiung schlägt, kommen wir wieder. Wir werden das Land zurückbringen, ganz und ungeteilt, und sind bereit, die deutsche Not gemeinsam zu tragen! (Stürmischer Beifall.) Durch die Halle klang der saarländische Sängergesang.

Zum Beweis unerblicher Freundschaft überreichte schließlich der stellvertretende Vorsitzende des Karlsruher Verkehrsvereins, Schneider, den Vorsitzenden der Gastvereine die Plakette des Verkehrsvereins.

Das herliche Gefühl der Verbundenheit hielt auch im weiteren Verlauf des Abends an. Der Schlussteil, der in jeder Beziehung gelungenen Veranstaltung brachte u. a. einen Trachtentanz der Pfälzer (es war der „Quetschschützling“, der viel Beifall auslöste), sowie Vorträge des bekannten Vellemer Seiner (des pfälzischen Dialektdichters, Staatschauspieler a. D. Heinrich, Bellheim), der durch Art und Inhalt seiner Darbietungen wahre Lachsalben entwarf und immer wieder gerufen wurde. Die an diesem Abend verlebten erhabenden und bergnüglichen Stunden werden allen Teilnehmern unvergessen bleiben.

Weihstunde für das deutsche Lied

Der Sonntagvormittag brachte eine Weihstunde für das deutsche Lied. Das Programm dieser Morgenfeier in der Festhalle war sinnerfüllt aufgebaut als ein Wandertag im Lied. Nach einleitenden Worten des Präsidenten des Liederkranzes, Prof. G. Bollmer, stellten sich zahlreiche Karlsruher Sängervereinigungen zur Verfügung, um unter stimmungsvollen Vor- und Zwischenspielen auf der Orgel (Hugo Ernst Kahner) die verschiedenen Stimmungen des Tages vom Morgen bis in die Nacht, Wandern und Naturgenuss, Reigen und Gebete im Lied zum verklärten Ausdruck zu bringen. Uns fielen besonders die feinen Leistungen der Leute von Junker & Ruh, des Silberbundes sowie der Lieberhalle, mit einer schwer zu intonierenden Kunstkomposition von Bud, und des Wühlburger Casino-Liederkranz, trotz seiner geringen Stimmzahl auf. Die gesamte Sängervereinigung Karlsruhes sang dann abschließend unter Heinrich Seiners zuverlässig-gewissenhafter Führung Schuberts Sanctus als hoch befriedigenden Ausklang der Feierstunde zu Ehren der auswärtigen Gäste.

Am Nachmittag vereinigten sich die Sängerschaften zu einem großen Treffen im Stadtpark.

Südwestdeutscher Demokratentag

Drei Referate: Dietrich, Petersen, Reinhold Maier

Die Deutsche Staatspartei Mannheim hatte für Sonntag vormittag in den Saal der „Harmonie“ in Mannheim zu einer großen Kundgebung für den Gedanken der nationalen Demokratie eingeladen. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit nationalsozialistischen Versammlungstörern. Es erfolgten einige Festnahmen durch die Polizei.

Als erster Redner sprach Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hermann Dietrich über das Thema „Durch nationale Demokratie zur deutschen Gleichberechtigung und Weltgeltung“. Die Demokraten hätten ungeheure Bedenken wegen der politischen Entwicklung. Sie seien durchaus für eine starke Präsidialgewalt, aber es seien Reformen notwendig, vor allen Dingen Änderung des Wahlrechts, so daß wieder eine bessere Verbindung zwischen dem Wähler und dem Gewählten hergestellt werde. Aber die Kontrolle durch das vom Volk gewählte Parlament sei das Entscheidende in der Republik. Den Ausbau des Reichsrats zu einer Ersten Kammer mit gleichen Rechten wie der Reichstag strebe auch die Staatspartei an. Auch die autoritäre Regierung könne diese großen nationalen Probleme der Freiheit und Gleichberechtigung schwerlich lösen, solange sie nicht vom Willen der breiten Massen des deutschen Volkes getragen ist. Sie kann auch das Problem der inneren Beruhigung nicht bewältigen. Ohne Mitarbeit des Volkes gebe es keine nationale Zukunft. Nicht Abschaltung des Volkes, sondern seine Erziehung und Einschaltung in Reich und Staat seien das Erfordernis der Stunde.

Als zweiter Redner sprach Dr. Carl Petersen, Bürgermeister von Hamburg, über das Thema „Durch nationale Demokratie zur deutschen Einheit“. Preußen müsse im Reich aufgehen und damit seine große deutsche Mission endgültig erfüllen. Gleichzeitig würden die anderen Länder sich neu ins Reich eingliedern haben, unter Erhaltung einer gesunden Selbstverwaltung. Als Dritte kammer könne der Reichsrat neben den Ländern und preussischen Provinzen auch die großen Städte und sonstigen größeren Organisationen unseres politischen und sozialen Lebens vertreten. Die Heraushebung des Wahlalters sei ebenso notwendig wie das Abdrücken von der Verhältniswahl.

Dr. Reinhold Maier, der württembergische Wirtschaftsminister, entwickelte dann das Wirtschaftsprogramm der Staatspartei. Was Deutschland notwendig brauche wie das tägliche Brot sei Ruhe für unsere Wirtschaft, Ruhe von der Politik her! Deshalb hielten es die Demokraten für ihre staatspolitische Pflicht, die Reichsregierung in ihren wirtschaftspolitischen Bemühungen zu unterstützen. In der Krise habe die seit dreißig Jahren in Deutschland betriebene Bevorzugung und Überschätzung der Großwirtschaft Mißstände gemacht. Die Großwirtschaft liefere dem Wirtschafts- und Rechtssozialismus die Waffen zum Generalangriff gegen unsere Wirtschaftsordnung. Die Staatspartei stehe auf dem Boden der freien Wirtschaft. Ihre Anhänger seien erklärte Antisozialisten, aber sie seien sozial durch und durch. Kein Zoll breit dürfe von unserer wirtschaftlichen Weltstellung aufgegeben werden! Autarkie bedeute den Hungertod für 20 Millionen Deutsche. Sie bedeute völlige Verarmung Südwestdeutschlands!

Nach den drei, mit Beifall aufgenommenen Referaten gedachte im Schlusssatz der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard, noch einmal des Reichspräsidenten, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von den Siben erhoben.

Eine Stadtverordnetenwahl. Die am Sonntag in Stalupönen (Litv.) stattgehabten Ergänzungswahlen von Stadtverordneten hatten folgendes Ergebnis: Kommunisten 620 (Vergleichszahl bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932: 503 Stimmen), Sozialdemokraten 200 Stimmen (482), Wirtschaft. Einheitsliste (bürgerliche Mittelparteien) 653 (382), Nationalsozialisten 1262 (2199) Stimmen.

Auf einer Reichskonferenz der Bergbau- und Industriearbeiter Deutschlands in Bochum am Samstag wurde darauf hingewiesen, daß 300 000 deutsche Bergarbeiter arbeitslos seien und die noch in Arbeit stehenden 430 000 Bergleute verflucht arbeiteten. Die Bergbediensteten der Arbeiter im Braunkohlenbergbau seien von 1929 bis Mai 1932 von rund 100 Mill. RM. auf 88 Mill. RM. zurückgegangen.

Parteitag der Badischen Zentrumspartei

Eine Rede des badischen Staatspräsidenten

Der Offenburger Parteitag der badischen Zentrumspartei war am Sonntag aus dem ganzen Lande außerordentlich stark besucht. Dem Parteitag waren am Samstag vorausgegangen Sitzungen der Zentrumsfraktion des Badischen Landtages, des Parteivorstandes und des Landesauschusses, sowie ein Begrüßungsabend der Offenburger Zentrumspartei, auf dem die Zentrumsjugend zu Wort kam. Der Landesauschuss beschloß für die kommenden Reichstagswahlen die gleiche Kandidatenliste wie zum letzten Reichstag einzureichen.

Am Parteitag nahm neben dem badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt und dem badischen Kultusminister Dr. Baumgartner auch der Führer der Badischen Volkspartei, Staatsrat Dr. Schäfer, München, teil. Der badische Parteivorsitzende, Dr. Höhr, gedachte des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten. Staatsrat Schäfer knüpfte an die Presse-meldungen an über angebliche Differenzen zwischen Zentrum und Badischer Volkspartei und erklärte, er sei der lebendige Gegenbeweis. Die Gemeinschaft aller Gleichgesinnten im deutschen Süden müsse hergestellt werden um des gesarten deutschen Volkes willen.

Dr. Höhr zur politischen Lage

Nachdem Dr. Höhr die Verbundenheit zwischen Badischer Volkspartei und Zentrum unterstrichen hatte, leitete er durch ein Referat über die politische Lage zu den eigentlichen Verhandlungen des Parteitages über. Die badischen Verhältnisse seien gesund. Ein badisches Konordat werde keinen Anlaß zu Kulturkämpfern geben. Es gebe keinen Miß in der badischen Regierungskoalition. Nicht die Staatsführung und das Zentrum hätten in Baden einen Frontwechsel gegenüber den Nationalsozialisten vorgenommen, sondern umgekehrt. Die Wege des Reichstanzlers halte das Zentrum für verhängnisvoll. Den Versuch, die Herrschaft einer dünnen Oberschicht aufzurichten, werde das Zentrum entgegensetzen den Kampf um nationale Freiheit und wirtschaftlichen Aufstieg und um den Schutz der Volksrechte gegen jede Diktatur.

Im einzelnen sprach Dr. Höhr noch aus: Jegliche Reichsreform werde nicht bloß den Bestand der süddeutschen Länder aufrechterhalten, sie werde eine Stärkung der Länder im Reichsrat etwa in Richtung des alten Bundesrates bringen müssen. Klare Kompetenzabgrenzung und klare Scheidung der Finanzquellen müsse den Konfliktstoff austräumen. Je nachdem das Problem Reich-Preußen gelöst werde, müßten den süddeutschen Ländern Garantien in Form von Reservaten geboten werden. Grundsätzlich könne das Zentrum die Politik des Kabinetts von Papen nicht gutheißen, denn eine vom Parlament „unabhängige Staatsführung“ sei verfassungswidrig; es hatte sich aber bereit gefunden, ein Kabinett von Papen, das von den Nationalsozialisten unterstützt worden wäre, zu tolerieren. Der Redner kritisierte sodann das Vorgehen des Reiches in Preußen und die wiederholte Reichstagsauflösung. Aber die Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten das letzte Wort zu sprechen, gehe im Augenblick nicht an. Sei nicht auch mit der Sozialdemokratie die Zusammenarbeit trotz unüberwindlicher Gegensätze möglich geworden? Die Auffassung des Zentrums gegenüber dem nationalsozialistischen Programm, gegenüber der nationalsozialistischen Kampfmethoden, gegenüber der Wertung zahlloser Elemente im Nationalsozialismus, habe sich nicht geändert. Sie werde sich nur ändern können in dem Ausmaß, wie hier Wandel geschaffen werde.

Der badische Staatspräsident Dr. Schmitt

Sprach über die verfassungsrechtliche Lage. Wenn er von Verfassungswidrigkeit spreche, so wolle er damit keineswegs der Reichsregierung den guten Glauben und den Willen zur Rechtsobjektivität absprechen. Die Absetzung der Preussischen Regierung verträge sich weder mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches, noch weniger könne sie auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung ausgesprochen werden. Das Ziel der Reichsregierung sei gewesen, die preussische Politik in die Gewalt des Reiches zu bekommen und eine Personalunion zwischen Reich und Preußen herbeizuführen. Ein Reichskommissar könne ernannt werden nur neben, nicht an Stelle der Landesregierung, und seine Aufgabe sei nur die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, nicht aber auch eine durchgreifende preussische Verwaltungsreform. Ebenfalls könne die Herbeiführung einer Personalunion zwischen Reich und Preußen zu den Aufgaben des Reichskommissars gehören. Zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei es nicht notwendig gewesen, den Wohlfahrtsminister zu entlassen und seine Ministerkollegen von der Amtsführung auszuschließen. Es sei ein Widerspruch, wenn die eingesezten preussischen Staatssekretäre den Ministerrat auf die preussische Verfassung leiteten und auf der anderen Seite sich weigerten, vor dem Preussischen Landtag zu erscheinen, obwohl die Verfassung dies vorschreibe. Bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei unter den Preußenkommissaren verhältnismäßig mehr Mut geflossen als unter Oberen.

Baden habe bekanntlich seine Auffassung durch die Einreichung einer Klage beim Staatsgerichtshof bekundet, es sei auch die Auffassung, daß das Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Reichstage dem Geist der Reichsverfassung objektiv widerspreche. Hinsichtlich der Auflösung des Reichstages müsse er zu dem Ergebnis kommen, daß der Reichstag entgegen dem Artikel 25 Reichsverfassung, zweimal aus demselben Anlaß aufgelöst worden sei, nämlich weil die Regierung in beiden Reichstagen keine Mehrheit und kein Vertrauen besaß. Das Verfassungsmissverhältnis liege in der Wiederholung der Auflösung, und zwar innerhalb kürzester Frist. Im Falle der Auflösung des Reichstages am 13. März 1924 durch die Reichsregierung Marx, habe es sich nicht um die Aufrechterhaltung einer Notverordnung gehandelt, sondern um einen drohenden Beschluß des Reichstages gegen die Vollzugsverordnung zu zwei vom Reichstag selbst beschlossenen Gesetzen. Die Handlungen der Reichsregierung bedeuteten in den Augen des Volkes eine außerordentliche Schädigung des Rechtsgedankens, des Autoritätsgefühls und der Volks- und Länderrechte. Die durch die Auflösung entsetzte fortgesetzte Verunruhigung schädige die von der Reichsregierung gewünschte Ankerbelung der Wirtschaft, insbesondere das Wirtschaftsgeschäft und die Ausgiebigkeit unserer Winterhilfe.

Bezüglich der künftigen Reichsreform erklärte Staatspräsident Dr. Schmitt, daß die Reichsverfassung nur auf Grund der Reichsverfassung selbst abgeändert werden könne und dürfe, was bei den bestehenden Machtverhältnissen im Reichstage nur möglich sei, auf dem Wege des Volksbegehrens. Bei der Verrückung des Dualismus müsse Norddeutschland vorgehen. Süddeutschland verlange Gegengewichte. Der Reichsrat müsse neben dem Reichstag und der Regierung gleichberechtigter Gesetzgebungsfaktor werden. Allerdings sei ein Oberhaus, in dem auch Vertreter der Großstädte oder berufständigen Organisationen sizen, abzulehnen, weil dadurch der bundesstaatliche Charakter und das Wesen des Reichsrats beseitigt würden. Das Gegeneinander oder Nebeneinander von Reich

und Ländern sollte beseitigt werden durch eine scharfe Kompetenzabgrenzung zwischen Reich und Ländern.

Der oberbadische Industrielle, Dr. Badelsberger, setzte sich mit den finanz- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Notverordnungen der Regierung Papen auseinander, während der badische Landtagsabgeordnete Schill vom Standpunkt der Landwirtschaft und Reichstagsabgeordneter Erfing, von dem der Arbeitnehmer dazu Stellung nahmen.

Im Anschluß an die Referate folgte sodann eine lebhaft diskutierte, die ihren Niederschlag in einer Reihe von Entschlüssen fand. Sodann wurde der Wahlauftrag der Badischen Zentrumspartei unter stürmischer Zustimmung des Parteitagbeschlusses. Mit einem Hoch auf Volk und Vaterland, dem das Deutschlandlied folgte, wurde der Parteitag beschloßen.

Entschlüsse der badischen Zentrumspartei

Auf dem Parteitag wurden eine Reihe von Entschlüssen einstimmig angenommen, die sich im wesentlichen mit den von den Parteitagrednern aufgestellten Forderungen decken.

Dem badischen Staatspräsidenten und dem badischen Staatsminister werden Vertrauen und Zustimmung zu der Vertretung der Rechte der Eigenstaatlichkeit gegen Eingriffe der Reichsregierung ausgesprochen. Bei der Reichsreform wird Ausbau des Reichsrats zum gleichberechtigten Gesetzgebungsorgan neben dem Reichstag verlangt.

In einer weiteren Entschlüsse wird Bestand und Sicherheit der Währung gefordert. Die Steuerquerschnitte werden unter Vorbehalt beibehalten. Eine weit stärkere und gerechtere Berücksichtigung der badischen Grenzverhältnisse bei der Erteilung von Reichsaufträgen wird gefordert. Das Grenzland Baden müsse den Wirtschaftskrisen gleichgestellt werden. Unter Ablehnung der Autarkie fordert eine andere Entschlüsse Schutz und Förderung der bäuerlichen Produktion. Die badische Zentrumspartei tritt für die 40-Stunden-Woche ein und fordert die Verrückung der vorgesehenen Kürzung der Stundenlöhne für die 31. bis 40. Lohnstunde.

Schließlich werden verlangt Anwendung des steuerfreien Existenzminimums für alle direkten Steuern, Aufhebung der Bürgersteuer und Zuschlagsrecht der Einkommensteuer für die Länder und Gemeinden.

Der Wahlauftrag der badischen Zentrumspartei

Der auf dem Parteitag beauftragte Wahlauftrag enthält in seinem ersten Teil scharf formulierte Angriffe gegen die jetzige Reichsregierung. Weiter wird gesagt:

In dieser ersten Stunde des Vaterlandes gelte es, alle aufbauenden Kräfte zusammenzuschließen. Diesem vaterländischen Ziel hätten auch die Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten gedient. Niemals habe dabei das Zentrum die Grundzüge des Rechts der Reichsverfassung und die Grundzüge seiner Weltanschauung preisgegeben. Die Gefahr neuer unabsehbarer Erschütterungen abzuwenden, müsse Ziel und Sinn dieses entscheidenden Wahlkampfes sein. Der Weg der starken Nation führe durch das Tor der sozialen Gerechtigkeit; wirtschaftliche und politische Stauerei aber zur Revolution. Bei den kommenden politischen Auseinandersetzungen sei ein starkes, geschlossenes Zentrum notwendig.

Die Deutsche Volkspartei in Baden

Dr. Zapf wieder Spitzenkandidat

Der Geschäftsführende Ausschuß des Landesverbandes Baden der Deutschen Volkspartei trat am Samstag unter dem Vorsitz von Finanzminister Dr. Mattes zusammen, um die Vorbereitungen für die Wahl zu treffen. Die Bezirke waren fast vollständig vertreten. Dr. Mattes gedachte des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg. Unter lebhaftem Beifall wurde die Ablehnung folgenden Telegammes beschlossen: „Deutsche Volkspartei, Landesverband Baden, übermittelt Eurer Ergegnis in aufrichtiger Dankbarkeit und unwandelbarer Treue ehrfürchtige Glückwünsche zum 85. Geburtstag.“

Dr. Mattes gab sodann in einleitender Rede die politischen Richtlinien für den Wahlkampf bekannt, die einstimmig Zustimmung fanden. Einstimmig wurde eine Entschlüsse angenommen, in der es heißt, daß der Reichstag pflichtwidrig handelte und durch seine Schuld die Reichstagsauflösung herbeiführte, als er, ohne das Aufbauprogramm der Reichsregierung anzuhören und ohne ein eigenes Programm zu besitzen und der Öffentlichkeit mitzuteilen, die Reichsregierung zu stützen veruchte. In dieser Lage betrachte es die Deutsche Volkspartei als ihre Aufgabe, in unabänderlicher Treue zu dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg die von seinem Vertrauen getragene Reichsregierung im Interesse einer gefunden Reichs- und Parlamentsregierung, der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gegen alle die Wiederanbahnarbeit störenden Mächte zu unterstützen. Die Parole lautet: „Mit Hindenburg für das Reich.“

In der nachfolgenden Kandidatenaufstellung wurde der bisherige Spitzenkandidat Dr. Zapf wieder einstimmig aufgestellt.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ befindet sich wieder auf der Rückreise von Brasilien. Die Landung in Friedrichshafen dürfte etwa am Dienstagmittag erfolgen.

In der Nähe des Darmstädter Wälders wurde am Samstagvormittag ein mit zwei Personen besetztes Sportflugzeug ab. Der Pilot war sofort tot, sein Begleiter starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Den Gnadengesüßen des Verbandes Deutscher Erzähler und des Schwaigerkreises für den wegen Brandstiftung verurteilten Schriftsteller Karl Strecker in Potsdam ist stattgegeben worden. Die einjährige Zuchthausstrafe Streckers wurde in eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr umgewandelt.

Vier Burichen, die am vergangenen Freitag einen Selbsttransport in Schwarzenberg (Sachsen) betrauten, sind am Sonntag in Chemnitz festgenommen worden. Das Geld wurde wieder gefunden.

Am Samstag gab in dem Augenblick, als die vierte Völkerbundskommission in Genf ihre Sitzung beenden wollte, ein Mann, der sich im Garten des Völkerbundspalastes versteckt gehalten hatte, einen Revolveranschlag auf die Glasfassade des Kommissionszales ab. Die Kugel verletzete niemand. Der Täter wurde festgenommen. Es handelt sich um einen Ungarn.

Auf das italienische Konsulat in Zürich wurde am Sonntag ein Anschlag verübt. Ein bisher unbekannt gebliebener Täter warf eine Brandbombe durch ein Fenster. Es entstand ein Feuer, das aber bald gelöscht werden konnte und nur geringen Schaden angerichtet hat.

Bei Balersried (Kalifornien) wurde durch eine Wasserhose ein Eisenbahnzug mit 7 Wagen bei Woodport von einer Brücke herabgeschleudert. Die Zahl der Todesopfer wird auf dreißig geschätzt. Auf ihrem weiteren Wege ergriff die Wasserhose eine Tankstelle, tötete den Besitzer, seine Frau und seine Kinder und riß mehrere Kunden der Tankstelle mit sich fort.

Die Kreuzer-Konkurse

Die Höhe der Forderungen

WED. Stockholm, 3. Okt. (Tel.) Am Samstag ging die Anmeldefrist für Forderungen in den verschiedenen mit dem Kreuzer-Krach zusammenhängenden Konkursen zu Ende. Bei dem Konkurs über Kreuzers Vermögen sind über 100 Forderungen angemeldet in Höhe von zusammen 1 641 188 000 Schwedentronen, 80 382 000 Dollars, 833 000 engl. Pfund, 66 654 000 hfl., 289 274 000 Frs., 159 106 000 Schweizer Frs. und 28 804 000 Reichsmark. Bei dem Konkurs der Firma Kreuzer & Toll sind 189 Forderungen angemeldet worden in Höhe von zusammen 1 053 361 000 Schwedentronen, 3 315 000 schwedische Goldtrone, 93 872 000 Dollars, 79 engl. Pfund, 4 445 000 hfl., 345 553 000 Frs., 52 773 000 Schweizer Frs., 24 861 000 belg. Franken, 620 000 RM. und 36 789 Lots.

Kurze Nachrichten

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Kontingente haben zu einer Einigung geführt.

Streik in der Fischereifabrik. Die Besatzungen der Fischdampfer von Bremerhude, Bremerhaven, Altona und Cuxhaven sind in den Streik getreten.

Der 3. Panuropa-Kongress wurde in Basel in Gegenwart zahlreicher Politiker und Wirtschaftsführer aller europäischen Staaten von Graf Coudenhove-Calergi eröffnet. Für Deutschland sprach der frühere Reichsminister Koch-Weser. Unter den Begrüßungslegierungen befand sich auch eines des früheren Reichsfinanziers Dr. Brüning.

Eine faschistische Partei in England. Sir Oswald Mosley, einst Konservativer, dann eines der vielversprechendsten jüngeren Mitglieder der Arbeiterpartei und dann begeisterter Anhänger Mussolinis, hat sich zum Verkünder des Faschismus in Großbritannien erklärt. Die „Neue Partei“, die er nach seinem Ausscheiden aus der Arbeiterpartei gründete, soll fortan den Namen „Britische Union der Faschisten“ führen.

Der Rat in den Völkern aufgenommen. Die Völkervereinigung hat heute einstimmig die Aufnahme des Rat in den Völkern beschlossen.

402 320 914 Dollar Defizit im USA-Gaushalt. Der Gaushalt der Vereinigten Staaten für das erste Drittel dieses Jahres schloß mit einem Defizit von 402 320 914 Dollar. Das sind etwa 20 Millionen Dollar weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

11,5 Millionen Arbeitslose in Amerika. Nach einer Aufstellung des allgemeinen Gewerkschaftsbundes betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten Ende August 11,5 Millionen.

Die Friedensverhandlungen in Brasilien zwischen den Bundesstruppen und den Aufständischen sind gescheitert. Die Kämpfe sind wieder aufgenommen worden.

Badischer Teil

Zuckerung des Weines und Herstellung von Hausstrunk

Nach § 3 des Weingesetzes, das am 1. September 1930 in Kraft getreten ist, ist es gestattet, dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Wein, bei Herstellung von Mostweine auch der vollen Traubenmaische Zucker, auch in reinem Wasser gelöst, zuzusetzen, um einen natürlichen Mangel an Zucker oder Alkohol oder einem natürlichen Übermaß an Säure infoweit abzuheben, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Ergebnisses entspricht. Dieser Zusatz darf jedoch in keinem Falle mehr als ein Viertel der gesamten Flüssigkeit betragen.

Die Zuckerung darf nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Januar des auf die Ernte folgenden Jahres vorgenommen werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Januar bei ungezuckerten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden. Sofern eine Zuckerung notwendig erscheint, ist davor zu warnen, die Verbesserung nach eigenem Gutdünken vorzunehmen. Es empfiehlt sich vielmehr, sachverständigen Rat einzuholen, schon um sich vor einer etwaigen Bestrafung wegen Übertretung des § 3 des Weingesetzes zu schützen.

Die Absicht, Traubenmaische, Traubenmost oder Wein zu zuckern, ist dem Bürgermeistern anzuzeigen.

Die Untersuchung von Traubenmosten durch die badischen Staatsanwaltschaft erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche unter der Adresse: Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, Post Grödingen (Baden), (für Sendungen aus den Landeskommissariatsbezirken Mannheim und Karlsruhe) und: Badisches Weinbauinstitut Freiburg, Bismarckstr. 21 (für Sendungen aus den Landeskommissariatsbezirken Freiburg und Konstanz) einzuliefern. Dabei ist die Gemarkung, Traubenorte, wenn möglich auch die Lage anzugeben und zu erklären, daß das Ergebnis naturrein ist.

Der Untersuchungsprobe (frischer Traubenmost) sind zur Verhütung der Gärung auf je ½ Liter 8 Tropfen Formalin (40prozentige Formaldehydlösung) zuzusetzen. Bereits in Gärung befindlichen Mosten muß die doppelte Menge des genannten Konservierungsmittels beigegeben werden. Das Konservierungsmittel ist durch leichtes Schütteln mit der Flüssigkeit in innige Verbindung zu bringen.

Für die Untersuchung jeder einzelnen Mostprobe wird:

- für frischen, noch nicht in Gärung gekommenen Mosten eine Gebühr von 2,50 RM.,
- bei Mosten, bei denen schon ein Teil des Zuckers vergoren ist, eine Gebühr von 5 RM. erhoben.

Diese Gebühr wird badischen Landwirten, die nur ihr eigenes Gewächs kellern, auf 1,50 RM. bzw. 3,50 RM. ermäßigt.

Bei der Herstellung von Hausstrunk finden die Vorschriften des Weingesetzes über die Zuckerung (Zuckerwasserzusat) keine Anwendung. Hervorzuheben ist, daß nach dem neuen Weingesetz die Herstellung von Hausstrunk nur aus Traubenmaische, Traubenmost oder frischem Weintrestern gestattet ist. Die Herstellung von Sektwein, die nach dem bisherigen Weingesetz gestattet war, ist verboten.

Außerdem ist zu beachten, daß Hausstrunk nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Dezember 1932 hergestellt werden darf.

Der Wein, Traubenmost oder Traubenmaische gewerbsmäßig in Verkehr bringt, ist verpflichtet, dem Bürgermeistern die Herstellung von Hausstrunk unter Angabe der hergestellten Menge und der zur Verarbeitung bestimmten Stoffe anzugeben.

Der Hausstrunk darf nur im eigenen Haushalt des Herstellers verwendet oder ohne besonderes Entgelt an die in seinem Betriebe beschäftigten Personen zum eigenen Verbrauch abgegeben werden.

Jedes Faß mit Hausstrunk muß deutlich die Aufschrift „Hausstrunk“ tragen.

Hindenburgs 85. Geburtstag in Baden

Am Sonntag zeigten alle staatlichen und städtischen und die sonstigen behördlichen und viele Privatgebäude Hlaggen-schmuck. In den Gottesdiensten der evangelischen und katholischen Gemeinden wurde des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten in entsprechender Weise gedacht; in den israelitischen Gemeinden war schon am Samstag während der Sabbatgottesdienste ein entsprechendes Gebet gesprochen worden. In den Schulen wurde am Samstag in eindrucksvoller Weise die Persönlichkeit des Reichspräsidenten und ihrer Bedeutung für das deutsche Volk gefeiert.

Unter den anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten erfolgten Veränderungen in der Reichswehr ist die Ernennung des Landeskommandanten in Baden Oberst Schellbach zum Generalmajor hervorzuhellen.

Glückwunschtelegramm der Universität Heidelberg

Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Andreas, hat folgenden Glückwunschtelegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

„Als älteste Hochschule des Reiches bringt die Universität Heidelberg dem verehrten Reichspräsidenten die herzlichsten Glückwünsche, dem ruhmreichen Feldherrn und Befreier deutschen Ostens, dessen wir auch heute in Treue gedenken, dem Führer in Krieg und Frieden, dem Hüter und Vorbild deutschen Lebens, ehrentätigen Glück- und Segenswünsche dar. Der Rektor: Andreas.“

Deutscher Binnenschiffahrtstag Mannheim 1932

Am dem unter dem Vorsitz von Generaldirektor Dr. phil. h. c. Weller, Duisburg, in Mannheim abgehaltenen deutschen Binnenschiffahrtstag 1932 nahmen zahlreiche Mitglieder und Interessenten teil. Die Hauptversammlung beschäftigte sich mit der „Bekämpfung der Notlage in der Binnenschiffahrt“.

Syndikus Schreiber erklärte, die Wasserstraßen-Verkehrsmengen hätten zwar 1931 noch 90 Prozent des Vorjahresverkehrs betragen, dagegen liege der Frachtindex um 28 Prozent unter dem Vorjahresstand. Der Notstand der Binnenschiffahrt sei nicht nur durch zentrale Maßnahmen privatrechtlicher Art zu bekämpfen. Die Binnenschiffahrt erbitte von der Reichsregierung in erster Linie nicht Subventionen, sondern die staatspolitische Wahrung ihrer Interessen und Schutz vor Übergriffen des reichseigenen Monopolbetriebs der Reichsbahn. Ministerialrat Baur vom Reichsverkehrsministerium lehnte auf das Entschiedenste den Gedanken der Verstaatlichung der Schiffahrt ab. In den Vordergrund der Aktion habe die Reichsregierung die Selbstverwaltung der Wirtschaft gestellt. Auf dem international befahrenen Rhein sei die Schiffahrt dabei, im Wege der Selbsthilfe ihrer Not entgegenzutreten.

Zum Schluß sprach der frühere Oberbürgermeister von Duisburg, Professor Dr. Most. Die Vorzüge der Binnenschiffahrt beruhen, vom technischen abgesehen, auf den organisatorischen Besonderheiten der nichtmonopolistischen Betriebsführung der Binnenschiffahrt. Der Wettbewerb sei für die Karrieren der Reichsbahn von ganz wesentlicher Bedeutung, schütze automatisch gegen Kapitalismus, Erstarren und planwirtschaftliche Fehlgänge. Die Gesamtwirtschaft müsse dringend wünschen, daß Entscheidendes geschehe, um den Zusammenbruch der Gesamtwirtschaft zu verhindern. Die Funktionen der Binnenschiffahrt als eines freien Verkehrsgewerbes müßten dabei gewährleistet bleiben.

Heidelberg und Schwetzingen

für die Speyerer Rheinbrücke

Freitagabend fand in Heidelberg eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Stadtverwaltungen Heidelberg und Schwetzingen, sowie der Verkehrsvereine beider Städte und des Neckarverkehrsverbandes statt. Es wurden alle mit den Brückenbauten Mainz und Speyer zusammenhängenden Fragen eingehend besprochen und der Beschluß gefaßt, in letzter Stunde bei der badischen Regierung noch einmal gemeinsam vorstellig zu werden. Man will am heutigen Montag noch vor der Abreise des Finanzministers Dr. Matthes nach Berlin eine Abordnung nach Karlsruhe schicken. Der Zweck dieser Aktion ist nicht etwa eine Stellungnahme gegen die Mainzer Brücke, man verlangt aber in Nordbaden, daß gleichzeitig auch die Speyerer Brücke in Angriff genommen wird. Es herrsche die einmütige Überzeugung, daß die bestehende geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Zusammengehörigkeit der bayerischen und badischen Pfalz die alsbaldige Erstellung der Speyerer Brücke gebieterisch erfordere, umso mehr, als die angrenzenden Gebiete in besonderem Maße unter der Arbeitslosigkeit leiden.

Durchführung des § 38 des Reichsmilchgesetzes

Der Vorstand der Badischen Landwirtschaftskammer hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Minister des Innern zu bitten, trotz der Vorgänge im Milchwirtschaftlichen Zusammen-schlußgebiete Freiburg an der Durchführung des § 38 des Reichsmilchgesetzes festzuhalten. Der Vorstand ist der Meinung, daß auch in denjenigen Gebieten des Landes, in denen der § 38 bis jetzt noch nicht zur Anwendung gekommen ist, diese Gesetzesbestimmung baldmöglichst durchzuführen sei.

Voranschlag Waldhut angenommen. Der Bürgerausschuß Waldhut genehmigte nach zweitägiger Beratung den Voranschlag für 1932/33 mit 45 gegen 10 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten. Wie schon mitgeteilt, balanciert der Etat, ohne daß die Gemeindesteuern erhöht werden müssen. Diese betragen 117 RM. vom Grundvermögen, 30 RM. beim Betriebsvermögen und 561 RM. beim Gewerbeertrag. Außerdem wird die Bürgersteuer und die Biersteuer erhoben. Weiter beschloß der Bürgerausschuß die Entnahme von 15 200 RM. zur Arbeitsbeschaffung aus dem Grundstock zu genehmigen.

Aus der Landeshauptstadt

Eine Sitzung des Karlsruher Bürgerausschusses findet am Dienstag, den 11. Oktober d. J., 16 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses statt.

Umstellung in der Einlinienführung der Straßenbahn. An Stelle des seit 1. Juni zur Verbindung mit Knielingen eingerichteten Wendelverkehrs werden, wie früher, wieder durchgehende Wagen vom Schlachthof über Hauptbahnhof, Hauptpost und Mühlburg nach Knielingen geführt. Die Fahrgelegenheiten auf der Strecke Schlachthof—Hauptbahnhof—Mühlburg werden dadurch gegenüber den letzten Monaten verdoppelt. Die Knielinger Wagen erhalten zur Unterscheidung von den nach Darlabenden—Mappendorf laufenden Zügen (Linie 2) die Bezeichnung Linie 7. Zum Ausgleich der entstehenden Mehrausgaben tritt bei der ganzen städtischen Straßenbahn an die Stelle des 7/8-Minuten-Verkehrs der 5-Minuten-Verkehr. Zugleich wird aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere zur Vermeidung unnötigen Aufenthalts der Linie 3 am Hauptbahnhof, die Linie 8 anstatt, wie bisher, über die Ettlinger Straße über die Ruppurrer Straße geführt und die Linie 5 von der Ruppurrer Straße in die Ettlinger Straße verlegt. Die Fahrtausweise über die Strecke Hauptbahnhof—

Ettlinger Straße—Marktplatz (2 Teilstrecken) gelten künftig auch auf der Strecke Hauptbahnhof—Ruppurrer Straße—Marktplatz (3 Teilstrecken). Der Zeitpunkt, in dem diese Änderungen in Kraft treten, wird noch bekanntgegeben werden.

Töblicher Verkehrsunfall. In der Nacht zum Montag wurde auf der Landstraße zwischen Durlach und Karlsruhe der 21 Jahre alte Laborant Josef Straub von hier von einem Personkraftwagen von hinten angefahren und getötet. Der Führer des Kraftwagens, der durch Splitter seiner Windschutzscheibe verletzt wurde, wurde vorläufig in Haft genommen. Während die Polizei mit der Aufnahme des Unfalls beschäftigt war und die Straße vorübergehend gesperrt hatte, kam aus Richtung Durlach ein Lieferkraftwagen gefahren, dessen Führer trotz der Haltezeichen nicht anhält, vielmehr mit erhöhter Geschwindigkeit an der Unfallstelle vorbeirauschte und mehrere Polizeibeamte in Lebensgefahr brachte. Der Notruf nahm sofort die Verfolgung auf und konnte den rücksichtslosen Fahrer zum Halten bewegen, nachdem der Gebrauch der Schusswaffe angedroht war. Es stellte sich heraus, daß der Fahrer, ein lediger Metzger von hier, mit dem Lieferauto eines hiesigen Weinhandlers eine Schwarzfahrt in die Forstheimer Gegend unternommen hatte, ohne in dem Besitz eines Führerscheines zu sein.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: Das trodene Wetter hat bis Sonntagabend noch angehalten. Erst in der Nacht ging vielfach Regen nieder, da ein neuer Vorstoß polarer Luft aus Nordwesten erfolgte. Die Temperaturen lagen deshalb am Montag früh um etwa 6 Grad tiefer als am Sonntagmorgen. Die Kaltluftzufuhr ist noch nicht beendet, weshalb mit weiterer leichter Abkühlung gerechnet werden muß. Voraussage: Fortdauer der kühlen Witterung, unbeständig mit streichweisen Regenschauern bei lebhaften Westwinden.

Wassersände: Waldshut 239 plus 6, Pafel 21 minus 4, Rheinweiler 175 minus 19, Kehl 230 minus 4, Muzau 381 unbeeinträchtigt, Mannheim 243 minus 2, Gaub 159 minus 1.

Kurze Nachrichten aus Baden

Eröffnung der Ortenauer Herbstmesse

D3. Offenburg, 1. Okt. Die 9. Ortenauer Herbstmesse wurde heute vormittag 11 Uhr vom Oberbürgermeister Heller in Gegenwart des Landeskommisars Schwörer (Freiburg), der auch im Auftrag der badischen Regierung erschienen war, eröffnet. Die Ausstellung gibt zunächst eine wunderbare Darstellung von edelstem Tafelobst aus der Ortenau, das künstlich zu erwerben ist. Das Reichstabsforschungsamt von Forstheim hat eine Sonderausstellung des Tabakbaues ausgestellt, wozu das badische Ministerium eine Reihe von Karten und Reliefs zur Verfügung stellte. Auch eine Fischereiausstellung ist der diesjährigen Herbstmesse angegliedert, die insbesondere den Wert der Fischzucht für die Volksernährung und Volkswirtschaft darlegt. Handel und Gewerbe haben in vielseitiger Ausgestaltung ihre Fabrikate und Handelsartikel zur Schau gebracht. Die Offenburgs Künstler stellen in zwei Gruppen aus; die eine, eine jüngere Künstlergruppe, hat ihre Ausstellung unter dem Titel „Darstellung und Gestaltung“ zusammengefaßt und sie erzieht die Erziehung zur Beurteilung des Kunstwertes, die andere Gruppe zeigt mehr ihre eigenen Werke und bietet damit ein reichhaltiges Bild der Vielfältigkeit der Offenburgs Künstler-schaft in allen bildenden Künsten.

D3. Painsstadt b. Buchen, 2. Okt. Ein alter Familienstreit hat hier einen schrecklichen Ausgang genommen. Der seit drei Jahren verheiratete Landwirt August Lenz, ein Mann von 28 Jahren, geriet mit seinem 7jährigen Vater, dem Landwirt und Feldhüter Anton Lenz, in Wortwechsel. Im Verlauf der Auseinandersetzung ergriff der Sohn einen Prügel und schlug dem Vater darauf auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach und an innerer Verblutung nach wenigen Stunden starb. August Lenz, der sich wie sein Vater eines guten Rufes erfreute, wurde sofort verhaftet und in das Amtsgefängnis nach Buchen verbracht. Die Bluttat erregte sich vor dem väterlichen Anwesen.

D3. Mosbach, 3. Okt. Der Bankbeamte Gottfried Dörr aus Göttingen war von 1925 bis 1931 Geschäftsführer der Volksbank Waldhütten. Durch umfangreiche Spekulationen des Dörr verlor die Bank 50 000 RM. Das Obergericht Mosbach verurteilte ihn wegen Untreue und Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängnis und 200 RM. Geldstrafe.

Id. Altkuhheim b. Schwetzingen, 2. Okt. Die hiesige Zigarrenindustrie, in der über 400 Tabakarbeiter beschäftigt sind, hat eine Besserung ihres Geschäftsganges zu verzeichnen. Die Zweigstelle der Großhändlergenossenschaft, die über den ganzen Sommer Kurzarbeit eingeführt hatte, läßt jetzt wieder voll arbeiten, und auch die Zigarrenfabrik von Gebr. Fisch (Heidelberg) hat einige Einstellungen vorgenommen und vollen Betrieb eingeführt.

Id. Forstheim, 2. Okt. Am Samstag um 17 Uhr wurde in der Holzgartenstraße Nr. 25 der dort wohnhafte Grobist Karl Baur in seinem Büro von dem 23jährigen Spedmaier aus Forstheim durch zwei Revolvergeschüsse getötet und beraubt. Spedmaier hat dem Ermordeten, bevor er die tödlichen Schüsse abgab, zwei schwere Schläge mit einem Gummischlauch über den Kopf veretzt. Der Täter hat nach dem die Zeit gehabt, einen Koffer mit Schmuckwaren im Werte von 10 000 RM. an sich zu nehmen und durch das Fenster zu entweichen. Die in der Zwischenzeit alarmierte Polizei konnte ihn aber rechtzeitig stellen und festnehmen.

D3. Baden-Baden, 3. Okt. Staatspräsident Dr. Schmitt, Staatsrat Rüdert und Frhr. v. Lersner, der Vertrauensmann der Reichsregierung für die süddeutschen Länder, statteten dem Baden-Badener Arbeitsdienst-Freiwilligenlager beim Sacherhof am Freitagnachmittag einen kurzen Besuch ab.

D3. Bühl, 3. Okt. Am gestrigen Sonntag wurde der neue Mannheimer Weg von der Hundsdorf nach Untermaß durch die hauerliche Behörde an den Schwarzwaldberein übergeben. Dieses Ereignis war mit einer schlichten Feier verbunden, der zahlreiche Freunde unseres herrlichen Schwarzwaldes beimohnten.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amlisch)

	3. Oktober		1. Oktober	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	75.37	75.53	75.37	75.53
Italien . . . 100 L.	21.58	21.62	21.58	21.62
London . . . 1 Pf.	14.54	14.58	14.54	14.58
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.10	81.26	81.19	81.25
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. September hat sich in der Ultimowoch der Umlauf an Reichsbanknoten um 250,0 Mill. auf 3754,6 Mill. RM., derjenige an Rentenbanknoten um 15,8 auf 411,8 Mill. RM. erhöht. Die Bestände an Geld und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 1,4 Mill. auf 929,2 Mill. RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 14,7 Mill. auf 796,3 Mill. RM. zugenommen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 13,3 Mill. auf 132,9 Mill. RM. abgenommen. — Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen betrug am Ultimo 24,7 Proz., gegen 23,5 Proz. am 23. Sept. 1932.

Die Großhandelsindexziffer ist mit 94,9 gegenüber der Vorwoche kaum verändert.

Neuer schweizerischer Zollzuschlag für Kartoffeln. Der schweizerische Bundesrat hat am Samstag definitiv die Erhebung eines neuen Zollzuschlages auf Kartoffeln von 2 Franken per 100 Kilogramm beschlossen. Er behält sich dabei vor, diesen Zollzuschlag herabzusetzen oder gänzlich aufzuheben, sofern die Verhältnisse das rechtfertigen.

Gemeinderundschau

Eine Umgehungstraße in Oberbentern bei Baden-Baden. In der letzten Bezirksratsitzung in Baden-Baden wurden mehrere wichtige Projekte verabschiedet. So soll die Landstraße zwischen

Kruppenheim und Oberndorf im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms geradegelegt werden. Die Landstraße weist gleich am Ortsausgang von Kruppenheim auf einer Strecke von etwa 1 1/2 Kilometer zahlreiche scharfe und unübersichtliche Kurven auf. Gleichzeitig im Rahmen dieses Programms beabsichtigt die Stadt Baden-Baden, in Oberbentern eine größere Umgehungstraße anzulegen, um die in den letzten Jahren immer unhaltbarer gewordenen Straßenverhältnisse zu beseitigen. Hierfür beantragte die Stadt beim Reich die notwendigen Mittel, wodurch nennenswerte Arbeitskräfte wieder dem Arbeitsprozeß zugeführt werden könnten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird der badischen Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege die Genehmigung erteilt, durch die in ihre zusammengeschlossenen 10 Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege und deren Untereinrichtungen in der Zeit bis zum 31. Januar 1933 die von der Reichspost zugunsten der deutschen Nothilfe herausgegebenen Hindenburg-Wohlfahrtspostkarten und die für 1932/33 herauszugebenden Wohlfahrtsbriefmarken innerhalb des badischen Staatsgebiets öffentlich betreiben zu lassen, und

zwar von Haus zu Haus, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen oder an sonstigen öffentlichen Orten sowie bei Veranstaltungen aller Art. Zum Vertrieb auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist jedoch außerdem die Erlaubnis des zuständigen Bezirksamts einzuholen.

Karlsruhe, den 29. September 1932.

Der Minister des Innern:

J. v. B. Eichel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Direktor Ludwig Koch von der Gewerkschule in Haslach i. R. an jene in Lahr; Studienrat (Gewerbelehrer) Albert Eichenhaus an der Gewerkschule Zell i. B. an jene in Haslach i. R.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederbestellung der Gesundheit:

Oberlehrer Gustav Dörr in Konstanz.

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Hauptlehrer Emil Günner in Gbringen, Amt Freibur; Hauptlehrer Heinrich Hüb in Buchholz, Amt Waldkirch; Hauptlehrer Pius Kurrus in Mannheim.

Zentralhandelsregister für Baden

Baden-Baden. C.447 Handelsregisteramt. Abt. B Bd. III D.-3. 5: Firma **Städtische Werke Aktiengesellschaft** (Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerkbetriebe) Baden-Baden in Baden-Baden: Dem Kaufmann Wilhelm Reiß in Baden-Baden ist Procura erteilt in der Weise, daß er zusammen mit einem Vorstandsmitglied zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist. In der Generalversammlung vom 4. August 1932 wurde beschlossen, daß die laut Artikel VIII der Statuten vom 19. September 1931 mit Beendigung der Generalversammlung außer Kraft tretenden §§ 11 bis 15 des Statuts wieder in Kraft treten; nur § 13 Abs. 1 wurde geändert. Baden-Baden, 24. August 1932. **Bad. Amtsgericht I.**

Baden-Baden. C.448 Handelsregisteramt. Abt. B Bd. II D.-3. 86: Firma **Attiengesellschaft für Erwerb und Verwaltung von Grundbesitz** in Baden-Baden: In der Generalversammlung vom 30. Juli 1932 wurde beschlossen, die gemäß der Statuten vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen Satzungsbestimmungen der §§ 9, 10 und 11 wieder in Kraft zu setzen. Die genannten Paragraphen wurden teilweise geändert. Baden-Baden, 22. August 1932. **Bad. Amtsgericht I.**

Baden-Baden. C.452 Handelsregisteramt. Abt. B Bd. I D.-3. 8: Firma **Vincenzverein Aktiengesellschaft** in Baden-Baden: In der Generalversammlung vom 4. Juli 1932 wurde die Änderung der §§ 25 Abs. 1 Satz 2 und 30 des Statuts beschlossen. An die Stelle der Worte „Badische Volkszeitung“ treten die Worte „Neue Badener Zeitung“. Baden-Baden, 26. August 1932. **Bad. Amtsgericht I.**

Freisach. C.449 Handelsregisteramt. Abt. B zu D.-3. 15: Firma **Harsteinwerk & Zementwarenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, Oberrotweil a. R., mit dem Sitz in Oberrotweil: Franz Vosslermann ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Freisach, 23. August 1932. **Amtsgericht.**

Donauwörth. C.435 In das Handelsregister A Bd. I D.-3. 198 wurde heute eingetragen zu Firma **Emil Fischer & Cie.**, Donauwörth: Die Firma ist erloschen. Donauwörth, 3. August 1932. **Amtsgericht.**

Donauwörth. C.436 In das Handelsregister A Bd. I D.-3. 230 wurde heute eingetragen zur Fir-

ma **Josef Morath** in Furtwangen, Inhaber August Kettner: Die Firma ist erloschen. Donauwörth, 13. August 1932. **Amtsgericht.**

Durlach. C.458 Handelsregisteramt. Abt. B Bd. I D.-3. 117: Firma **Ordnungs-Kaufmann H. G.** in Durlach am 30. August 1932: Die Generalversammlung vom 14. Juli 1932 hat in erleichterter Form auf Grund des 5. Teils II Kap. der Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 die Herabsetzung des Grundkapitals der Gesellschaft von 6 305 000 RM. auf 6 162 200 RM. im Wege des Einzugs von 476 Stück eigenen Stammaktien der Gesellschaft zum Nennbetrag von 142 800 Reichsmark beschlossen, so daß das Grundkapital 6 162 200 RM. betragen wird und eingeteilt ist in 6 157 200 RM. = 20 524 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien von je 300 RM. und 5000 RM. = 1000 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien von je 5 RM. Die Generalversammlung vom 14. Juli 1932 hat beschlossen, die gem. Art. VIII der Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen §§ 14/17 des Gesellschaftsvertrags wieder in Kraft zu setzen, und zwar §§ 14 und 16 in bisheriger und § 15 Abs. 2 und Abs. 3 (Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters des Aufsichtsrats und Zusammensetzung des letzteren), § 17 (Befugnisse und Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder) in abgeänderter Fassung. Karl Nudtisch ist aus dem Vorstand ausgeschieden; seine Vertretungsbefugnis ist beendet. **Amtsgericht Durlach.**

Heidelberg. C.459 Handelsregisteramt. Abt. B Bd. IV D.-3. 57 zur Firma **Waldschmidt's Textilwerke Aktiengesellschaft** in Heidelberg: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 sind die Bestimmungen in § 8 Abs. I Satz 1, Abs. II Satz 1 und 2, Abs. VII des Gesellschaftsvertrags über die Zusammensetzung und Bestellung des Aufsichtsrats, sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats mit Beendigung der Generalversammlung vom 16. August 1932 außer Kraft getreten. Heidelberg, den 30. August 1932. **Amtsgericht.**

Kenzingen. C.461 Handelsregisteramt. Abt. D.-3. 194: Firma **Seba Wert Müller & Co., Kommanditgesellschaft** in Niegel: Die Procura des Ernst Wuhmann ist erloschen. Dem Gastwirt Franz Dietrich in Niegel ist Procura in der Weise erteilt, daß er die Firma allein zu vertreten berechtigt ist. Ein Kommanditist ist aus der Gesellschaft ausgeschieden und ein neuer Kommanditist eingetreten. Kenzingen, den 30. August 1932. **Amtsgericht.**

Konstanz. C.453 Handelsregisteramt. Abt. V D.-3. 130: **Martin Mayle, Schraubenlager** in Konstanz: Die Firma ist erloschen. 8. 8. 1932. **A Bd. VI D.-3. 2: Marie Kramer, Reformhaus** in Konstanz: Inhaber: Marie Kramer, geb. Kappner, in Konstanz. Gegenstand des Geschäfts ist der Handel mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln für neuzeitliche Ernährung und Körperpflege. 18. 8. 1932. **A Bd. II D.-3. 58: M. Schneider** in Konstanz: Das Geschäft ist auf den Kaufmann Oskar Bachter in Mannheim übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt. Die Pro-

cura der Oskar Bachter Ehefrau Maria geborene Fringer ist erloschen. **A Bd. III D.-3. 117: Deutsche Sportartikel-Fabrik** Konstanz, Inh. Ernst Nippler und Emil Ebold: Infolge Ablebens des Gesellschafters Ernst Nippler ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und das Geschäft auf den bisherigen Gesellschafter Emil Ebold als alleiniger Inhaber übergegangen, der es unter der geänderten Firma „Deutsche Sportartikel-Fabrik Emil Ebold in Konstanz“ fortführt. 27. 8. 1932. **Bad. Amtsgericht A I, Konstanz.**

Mannheim. C.454 Handelsregisteramt. Abt. B Bd. VII D.-3. 132: **Gebäude Rieder, Aktiengesellschaft**, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 4. August 1932 in § 14 durch Streichung des zweiten Satzes (Aufsichtsratsmitglieder) geändert. Durch Beschluß der gleichen Generalversammlung sind von den durch Artikel VIII der Verordnung vom 19. September 1931 aufgehobenen §§ 11 die beiden ersten Sätze, 13 der erste Satz, sowie die Bestimmungen in § 16 Ordnungsziffer 5 mit der bisherigen Fassung wieder in den Gesellschaftsvertrag eingefügt.

„Ceres“ Gesellschaft für Vermittlung von Getreidegeschäften, mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Firma ist erloschen. **L. Weil & Reinhardt, Aktiengesellschaft**, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 9. August 1932 geändert durch Streichung des Absatzes 3 des § 8 (Aufsichtsratsmitglieder). Durch Beschluß der gleichen Generalversammlung sind die durch Artikel VIII der Verordnung vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen §§ 7 und 11 in ihrem bisherigen Wortlaut wieder in den Gesellschaftsvertrag eingefügt worden. **Stachelhaus & Buchloh, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Mannheim als Zweigniederlassung mit dem Hauptsitz in Wülheim a. Rh.: Durch Gesellschaftsbeschluß vom 29. Juli 1932 wurde in den Gesellschaftsvertrag ein § 8 a (Beirat) eingefügt. **Badpapier-Export-Manufaktur mit beschränkter Haftung**, Mannheim: Julius Bänninger ist nicht mehr Geschäftsführer. Paul Monheim in Mannheim ist zum Geschäftsführer bestellt. **Mannheimer Aktienbrücker**, Mannheim: Dr. h. c. Adam Kemmel ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Reaktor und Stadtrat Gustav Zimmermann in Mannheim-Heidelberg ist zum Vorstand bestellt.

Lehmann & Co., Mannheim: Die Firma ist erloschen. **K. Ferd. Fedel, Mannheim:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ist auf den bisherigen Gesellschafter Kaufmann Emil Fedel in Mannheim übergegangen. Julius Lichtenberger in Mannheim ist als Einzelprokurist bestellt. **H. Ludewig & Co., Mannheim:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt der Firma ging auf die jetztige Gesellschafterin Frau Mathilde Ludewig geborene Schmid in Mannheim über. Dem Kaufmann Wilhelm Ludewig in Mannheim ist wieder Procura erteilt. **Bad. Amtsgericht F.-G. 4, Mannheim.**

Mülheim, Baden. C.417 Zum Handelsregister A D.-3. 230, Firma **Schenter & Co., Südwestdeutsches Transport-Kontor**, Zweigniederlassung Neuenburg, wurde heute eingetragen: Kaufmann Emil Karpeles-Schenter in Wien ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Zweigniederlassung ist erloschen. Die Geschäfte derselben sind in vollem Umfang auf die Zweigniederlassung Schenter & Co., G. m. b. H. in Neuenburg übergegangen. Mülheim, 16. August 1932. **Badisches Amtsgericht.**

Neustadt, Schw. C.482 Die Firma **Hausbrennerei Winterhalder Neustadt im Schwarzwald, Kommanditgesellschaft** in Neustadt (Schwarzwald), soll von Amts wegen gelöscht werden. Der persönlich haftende Gesellschafter Hans Ludwig Winterhalder, zur Zeit an unbekanntem Ort abwesend, wird zur Geltendmachung eines evtl. Widerspruches gegen die Löschung eine Frist von drei Monaten bestimmt. Neustadt, Schw., 19. August 1932. **Bad. Amtsgericht.**

Offenburg. C.182 Handelsregisteramt. Abt. B D.-3. 3 zu Firma **Spinnerei und Weberei Aktiengesellschaft** in Offenburg: Die Generalversammlung vom 23. April 1932 hat beschlossen, das Grundkapital in erleichterter Form um 80 000 RM. herabzusetzen. Die Herabsetzung ist durch Einziehung von Stammaktien erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 1 500 000 RM. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. April 1932 sind die durch die Aktienrechtsnovelle vom 19. September 1931 außer Kraft getretenen, den Aufsichtsrat betreffenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags, nämlich die §§ 16 bis 21 wieder in den Gesellschaftsvertrag eingefügt worden, wobei jedoch die §§ 16, 19 und 21 geändert wurden. Durch weiteren Beschluß der gleichen Generalversammlung wurden die §§ 4 und 5 —

Grundkapital und Aktien — § 7 — Generalversammlung — und § 25 — Verwendung des Ertrages — des Gesellschaftsvertrags geändert. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 5000 Stammaktien von je 300 RM. Offenburg, den 16. September 1932. **Badisches Amtsgericht III.**

Säckingen. C.451 Handelsregisteramt. Abt. B Bd. II D.-3. 1: Firma **Willingen & Apparat Aktiengesellschaft** in Willingen: Die Generalversammlung vom 19. Juli 1932 hat die Herabsetzung des Grundkapitals um 100 000 RM. beschlossen. Die Herabsetzung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt jetzt 500 000 Reichsmark. Willingen, 24. August 1932. **Bad. Amtsgericht I.**

Waldbirch, Br. C.443 Handelsregisteramt. Abt. I D.-3. 29: Firma **Wagner, August Müller, Waldbirch**: Inhaber der Firma ist jetzt: Frau Brauer-Wagner August Müller, geb. Erb in Waldbirch i. Br. Dem Kaufmann Otto Müller in Waldbirch i. Br. ist Procura erteilt. Waldbirch i. Br., 22. August 1932. **Bad. Amtsgericht.**

Wiesloch. C.438 Im Handelsregister A Bd. I ist zu D.-3. 461 das Erlöschen der Firma **Otto Pfaltzheier** in Mülhausen, Inhaber Kaufmann Otto Pfaltzheier in Mannheim, eingetragen. Wiesloch, 25. August 1932. **Amtsgericht.**

C.531. Karlsruhe. Im Kontursverfahren über das Vermögen der Firma **Heinrich Sonneborn**, Inhaber Heinrich Sonneborn, Buchhandlung und Maschinenfabrik in Karlsruhe, Kaiserstraße 167, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerbeiratsmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 28. Oktober 1932, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 40. Karlsruhe, den 29. September 1932. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.**

Berthelm. C.196 Güterrechtsregisteramt. Band II Seite 102: Landwirt Leo Seibert und Maria Bina geb. Blank in Naueneberg: Vertrag vom 23. Juni 1932: Gütertrennung des BSH. Berthelm, 29. Sept. 1932. **Bad. Amtsgericht.**



Badisches Landestheater

Dienstag, 4. Oktober 1932

* B 3, Ab.-Gem. 801—900 und 1501—1550

Reiseprüfung

Drama von Max Dreher

Regie: v. b. Trenz

Mitwirkende:

Bertam, Frauendorf, Rademacher, Seiling, Brand, Ernst, Herz, Mehner, Schönthaler, Schulze, Rugh, G. Müller

Anfang 20 Ende 22

Preise B (0,60—3,90 RM)

Mi. 5. 10. Ein Sommer-

nachtsstraum. Do. 6. 10.

Figaros Hochzeit. Fr. 7. 10.

Margarete. Sa. 8. 10. Die

Räuber. So. 9. 10. Nach-

mittags: Die Regiments-

tochter. Abends: Figaros

Hochzeit